

Nationalratswahl 2006

KPÖ tritt an



Mit einer offenen Liste zieht die steirische KPÖ in den Nationalratswahlkampf. Spitzenkandidat ist Franz Stephan Parteder.

Parteder: „Das Beispiel von Ernest Kaltenegger, Elke Kahr und der anderen KPÖ-MandatarInnen, die einen Großteil ihres Politeinkommens für soziale Zwecke verwenden, zeigt, dass Politik in Österreich etwas anderes sein kann als die Selbstbedienung von Funktionären.“

Geben statt nehmen bedeutet aber auch gesellschaftliche Umverteilung. Deshalb treten wir für eine Kürzung der Politgehälter ein, wie sie die KPÖ im Landtag vorschlägt. Und wir fordern unter dem Titel „Millionärssteuer“ eine Besteuerung des Geldvermögens der superreichen Oberschicht mit nur fünf Prozent Vermögenssteuer. Dies ergäbe jährliche Steuereinnahmen von rund sechs Milliarden Euro.“



NEUES STADTBUDGET: WENIGER LEISTUNG

Sparen auf Kosten der

Von ÖVP und SPÖ beschlossenes Eckwert-Budget bringt massive Verschlechterungen für die Grazer, befürchtet die KPÖ. Undemokratischer geht es nicht: KPÖ-Stadträtinnen waren von Budget-Beratungen ausgeschlossen!

Die Grazer Stadträtinnen Elke Kahr und Wilfriede Monogioudis sind über die bevorstehenden Kürzungen in der Stadt alles andere als erfreut. Die so genannten „Eckwerte“ für die Jahre 2007 bis 2009 wurden von SPÖ und ÖVP im Gemeinderat durchgedrückt; KPÖ, Grüne und FPÖ stimmten dagegen.

„Diese Kürzungen sind unakzeptabel“, so Elke Kahr, „denn sie würden die kommunalen Leistungen noch mehr als bisher beeinträchtigen. Die Bevölkerung spürt bereits die bisherigen Kürzungen sehr deutlich. Mit den zusätzlichen Einsparungen würde noch weiterer

Schaden an der städtischen Infrastruktur entstehen“.

Neben Einsparungen bei den Fixkosten der Stadt stehen auch starke Einschränkungen bei Projekten ins Haus. „Wir würden nicht

einmal mehr für Wohnungs-sanierungen, die sich mittelfristig selbst finanzieren, die notwendigen Mittel erhalten. Gleichzeitig würden die Werte der Liegenschaften sinken“, sagt Wohnungs-Stadträtin Kahr. Außerdem ist trotz des steigenden Bedarfs an Gemeindewohnungen nichts für Grundstücksankäufe vorgesehen.

Die Stadträtinnen Kahr und Monogioudis kritisierten auch, dass sie als Ressort-zuständige nicht in die Entscheidungen eingebunden waren. Beiden Stadträtinnen wurden die Pläne zum Eckwert-Budget erst kurz vor der Beschlussfassung verraten. „Diese Vorgangsweise ist höchst fragwürdig“, ärgert sich Monogioudis. „Die KPÖ wird dieses einseitige Vorgehen aushalten. Aber die Menschen sollen wissen, dass ÖVP und SPÖ im Rat-

ECKWERT-BUDGET:

Die Eckwerte sind jene Geldmittel inklusive Personalkosten, welche nach Abzug der von den Ressorts nicht beeinflussbaren Kosten für die Bewältigung der Aufgaben zur Verfügung stehen. Diese Mittel sollen bis zum Jahr 2009 in Summe um 18% verringert werden! Man muss also mit massiven Verschlechterungen für die Grazer rechnen.

